

KIRCHE

## Päpstliche Grauzone

Nach Gesprächen im Vatikan will die Piusbruderschaft ihre in Deutschland umstrittenen Priesterweihen größer als bisher geplant mit einer Open-Air-Messe zelebrieren. Der oberste Chef der Traditionalisten, Bernard Fellay, wird aus der Schweizer Zentrale ins Seminar Zaitzkofen bei Regensburg anreisen, um die Weihe dreier Neupriester vorzunehmen. Weit über 1000 Pius-Anhänger werden dazu erwartet. Mehrere deutsche Bischöfe hatten zwar im Vorfeld dagegen protestiert, doch bei seinem Besuch im Vatikan am vorvergangenen Freitag hatte Fellay „keinerlei Signale bekommen, dass die Weihen gegen Kirchenrecht verstoßen würden“. Die deutschen Bischöfe fühlen sich in der Auseinandersetzung mit der Piusbruderschaft ohnehin vom Vatikan im Stich gelassen. Sowohl der Regensburger Bischof Gerhard Ludwig Müller als auch der Fuldaer Bischof Heinz Josef Algermissen haben auf ihre Briefe an den Papst mit Fragen zum weiteren Umgang mit den Piusbrüdern keinerlei Antwort erhalten. Die Ursache: Im Vatikan wechseln erst in dieser Woche die Zuständigkeiten für die Bruderschaft – dies war durch ein „Motu Proprio“, einen Er-



Kardinal Hoyos, Papst Benedikt XVI., Piusbruder Fellay 2005

lass Benedikts XVI. schon für den März angekündigt gewesen. „Wir befinden uns dadurch weiterhin in einer Grauzone“, beklagt ein Mitarbeiter der Bischofskonferenz.

VERBÄNDE

## Provision für die Gattin

Der Führung des Wirtschaftsrats der CDU e. V. droht Ungemach auf dem für Dienstag terminierten Bundesdelegiertentreffen des Verbands. Grund: eine E-Mail, die eine Mitarbeiterin des Landesverbands Baden-Württemberg Anfang Mai an Carolin Zacharias, Geschäftsführerin für Marketing und Vertrieb in der Berliner Zentrale des Wirtschaftsrats, schrieb. Darin heißt es: „Hallo Frau Zacharias, ich habe gerade mit Herrn I. telefoniert. Er hält es auch für die beste und einfachste Lösung, wenn wir die Provision über seine Frau abrechnen. Wenn wir dadurch die Kuh vom Eis bekommen, ist das ganz in meinem Sinne.“ Laut Erwin Lamberts, Sprecher der CDU-Vorfeldorganisation, handelte es sich bei dieser Kommunikation „lediglich“ um einen „internen und unverbindlichen, kollegialen Gedankenaustausch“, wie der Mann in die provisionsträchtige und „aktive Mitgliederwerbung für den Wirtschaftsrat“ eingebunden werden könne. Ein Mitglied des Bundesvorstands sieht den Fall etwas strenger: „Das ist die Aufforderung zu einer Steuerstraftat“ – was vor allem deshalb heikel wäre, weil steuerliche Unregelmäßigkeiten den Verband die Gemeinnützigkeit kosten können.

ZEITGESCHICHTE

## Kurras' Einsatzleiter im Visier der Stasi

Auch der Einsatzleiter des Polizeilichen Staatsschutzes, der am Abend des 2. Juni 1967 den Studenten Benno Ohnesorg verfolgt hatte, war im Visier des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS). Das geht aus der Stasi-Akte des Ohnesorg-Todesschützen Karl-Heinz Kurras und den Angaben eines früheren MfS-Offiziers hervor. So findet sich in den Unterlagen der BIRTHLER-Behörde ein Vermerk, dem zufolge Kurras' Einsatzleiter Helmut Starke mindestens seit Mai 1967 für die Stasi „erfasst“ gewesen sei. Sechs Tage nach Ohnesorgs



Starke (r.), Opfer Ohnesorg 1967

Tod wurde auf dem Papier handschriftlich ergänzt, dass Starke vom MfS „mit dem Ziel der Werbung bearbeitet“ werde. In der BIRTHLER-Behörde konnten bislang keine weiteren Dokumente zu dem brisanten Vorgang gefunden werden. Der damals zuständige Offizier der MfS-Hauptabteilung VIII bestätigte dem SPIEGEL indes, dass er seinerzeit mit der Rekrutierung Starkes beauftragt gewesen sei. Seiner Erinnerung nach habe der Plan jedoch nicht realisiert werden können, jedenfalls nicht durch die Hauptabteilung VIII („Beobachtung und Ermittlung“). Ob später eine andere Dienststelle der Stasi die „Bearbeitung“ Starkes übernommen hat, schließt der Ex-Offizier nicht aus. Nach Angaben der Tochter des 1995 verstorbenen Kriminalbeamten sei Starke von der DDR „massiv unter Druck“ gesetzt worden. Sie erinnert sich unter anderem an mehrere „Drohbriefe aus dem Osten“, die ihr Vater im Zusammenhang mit dem Tod Ohnesorgs erhalten habe. Obwohl sich der Hauptkommissar des West-Berliner Staatsschutzes am 2. Juni in unmittelbarer Nähe des Tatorts aufgehalten hatte, gab er später vor Gericht an, Kurras' Todesschuss nicht gehört zu haben.